

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 8. Februar 2016

Verfasser: Sonja Gehrig

### **Stärken der Eigenverantwortung von Unternehmen mit Sicherheitsdienstleistungen** (Andreas Hauri)

Die Grünliberalen lehnen das bürokratische und teure Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen mit der Ratsmehrheit ab. Anstatt Anforderungen für einzelne TürsteherInnen gesetzlich zu regeln, setzen wir auf die Eigenverantwortung der Unternehmen und möchten Anforderungen für private Sicherheitsdienstleistungen auf Ebene der Unternehmen geregelt sehen. Dieser wirtschaftsfreundlichen, unbürokratischen Regelung der Sicherheitsdienstleistungen stimmten wir zu.

### **GLP zufrieden mit der Umsetzung ihrer Forderungen im Sozialwesen** (Cyrill von Planta)

Nachdem die von uns geforderten Anpassungen bei den Sozialhilfen - Zusatzgelder an Grossfamilien ab vier Kindern pro Kind auf etwa die Höhe der Kinderzulagen herabzusetzen, die Voraussetzungen für den Erhalt von Integrationszulagen zur präzisieren oder weitere Kürzungsmöglichkeiten für renitente SozialhilfeempfängerInnen zur Reduktion von Fehlanreizen zuzulassen – mit den neuen SKOS-Richtlinien auf den 1.1.2016 bereits umgesetzt worden sind, forderte die SVP weiterhin im Prinzip genau das, was umgesetzt wurde und beharrten weiter auf einer Verschärfung der Sozialhilfeleistungen. Die neuen SKOS-Richtlinien sollen sich nun erst einmal bewähren und eine weitere Kürzung von Sozialhilfegeldern in diesen Bereichen lehnen die Grünliberalen ab.

### **Überwachung der Überwachungskameras: Ratsmehrheit gegen Transparenz und Bürgerrechte**

(Michael Zeugin, Jörg Mäder)

Mit einem eigenen Vorstoss forderten wir mehr Transparenz, wo überall im Kanton Zürich im öffentlichen Raum fest installierte Videoüberwachungskameras installiert sind. Dieses Register zur Anzahl und Qualität der Überwachungssysteme soll aber gemäss dem glp-Vorstoss nicht öffentlich zugänglich sein, sondern lediglich – nach Vorweisen der Begründung und Identität - bei den Behörden eingesehen werden können. Leider sprach sich die Ratsmehrheit gegen diese Stärkung der Rechte der Bürger aus und lehnte die Überweisung unserer Motion ab.

### **Grünliberale gegen Ausbau des Polizeistaates aufgrund eines Einzelereignisses** (Andreas Hauri)

Auch im Kantonsrat befassen wir uns ab und zu mit Saubannerzügen und Chaoten. Einig sind sich alle, dass Gewalt und Zerstörung, egal ob diese als Folge einer bewilligten oder unbewilligten Demonstration resultieren, zu verurteilen sind. Dennoch ist es aus unserer Sicht unverhältnismässig aus einem Einzelfall politisches Kapital zu schlagen und lehnen eine unverhältnismässige Reaktion auf einen Einzelfall mit einem Ausbau des Polizeistaates ab. Kommt dazu, dass sich durch dieses Postulat im Grundsatz nichts verändern wird. Schliesslich ist die polizeiliche Grundversorgung durch die kommunalen Polizeikörper und nicht durch die Kantonspolizei zu leisten. Das Postulat wurde trotzdem gegen unseren Willen mit einer hauchdünnen Mehrheit überwiesen, weshalb nun ein Bericht ausgearbeitet werden wird.